



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Mai 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

P 664 Postulat Graber Toni und Mit. über eine Weiterführung einer ausgewogenen Ernährung an der Uni-/PH-Mensa mit Fleisch- und Vegi-Menüs / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Toni Graber hält an seinem Postulat fest.

Toni Graber: Ich will der Regierung danken, dass sie dieses Geschäft nochmals in den Kantonsrat gebracht hat. Nachdem das Fleisch wieder in die Mensa zurückgekehrt ist, haben viele erwartet, dass dies nicht mehr passiere und sich das Postulat erübrigen würde. Zwar ist das Postulat nun wieder auf dem Tisch, es ist jedoch schade, dass es abgelehnt wurde. Die Ablehnung hat auch in den Medien ihren Widerhall gefunden. So schrieb die Zeitung, dass «Garbers Anti-Vegi-Postulat» abgelehnt worden sei. Es wurde auch von der Regierung angenommen, dass man also auf das Fleisch verzichten könne. Nun ist dem aber nicht so, und selbst die Regierung schreibt, dass eine ausgewogene Ernährung an der Uni-/PH-Mensa gewährleistet sein soll. Nur will sie sich ihrer Verantwortung entziehen. Es wäre ganz gut, wenn die Regierung auch einen Fingerzeig an die Universität schicken würde, denn schliesslich ist sie in deren Universitätsrat vertreten und könnte dort sicher auch einmal operativ auf solche Entscheide Einfluss nehmen. Dass die Universitätsleitung beschlossen hat, in Zukunft strategisch auf solche Dinge vermehrt einzugehen, ist natürlich entsprechend eine operative Aufgabe für die Regierung, die dies strategisch zu beobachten hat. Wie aus dem Planungsbericht Hochschulen hervorgeht, zahlt der Kanton gegen 25 Millionen Franken an die Universität, mit steigender Tendenz, und dennoch reicht das Geld fast nicht aus. Dazu kommen Beiträge an die Pädagogische Hochschule (PH), deren Mitglieder ja auch in der Mensa essen gehen. Ergo liegt es sicher in der Verantwortung der Regierung, sich hier einzusetzen. Klar sind die Studierenden Erwachsene, nicht Kinder, denn offenbar geht deren Verpflegung die Regierung dann nichts mehr an. Von diesen Erwachsenen wollen heute noch ein Drittel aus dem Fleischangebot konsumieren, was aus der Gesamtheit der Studierenden von PH und Universität sowie den Angestellten gegen 2000 Personen ausmacht. Entsprechend gewichtig ist diese Frage, und die Regierung soll sich ihrer annehmen. Man muss auch, wie geschrieben wurde, damit rechnen, dass die Universität auch jederzeit wieder zurück auf komplett fleischlos wechseln kann. Folglich muss man sich vorbereiten, damit dann die Regierung Einfluss nehmen kann. Es besteht ja aktuell ein eher unattraktives Fleischangebot, und einige könnten so von dessen Konsum abgeschreckt werden. Die SVP-Fraktion ist für die volle Überweisung des Postulats. Zum Postulat P 670 von Rosy Schmid-Ambauen möchte ich ebenfalls die vollständige Unterstützung anfügen, weil es in dieselbe Richtung geht.

Valentin Arnold: Die ablehnende Antwort des Regierungsrates sagt eigentlich schon alles, zumindest fast alles. Mittlerweise schaut ja sogar schon der Luzerner Bauernverband dieses Thema als gegessen an, und dieser ist wahrlich keine Organisation von Vegetariern. Selber

produziere ich als Biogemüsegärtner ja eigentlich nur vegane Lebensmittel, dennoch esse auch ich sehr gerne Fleisch, und zwar das ganze Tier «from nose to tail», von Kopf bis Schwanz. Ich habe mich gewundert, dass dieses Postulat nicht zurückgezogen wurde, denn mittlerweile wird ja wieder Fleisch angeboten, und dies sogar ausschliesslich aus Schweizer Produktion. Gemäss Regierung waren bereits vor dem Wechsel des Mensaanbieters schon mehr als zwei Drittel der Menüs vegetarisch, weil die Studierenden dies so nachgefragt haben. In diesem Falle sind ja die Studierenden das Volk, und das Volk hat bekanntlich immer recht, so habe ich gemeint. Im katholischen Kanton Luzern hat man früher – der eine oder die andere mag sich eventuell ebenfalls daran erinnern – üblicherweise am Freitag auch kein Fleisch gegessen, obwohl dies weder der Regierungsrat noch ein Mensabetreiber so vorgeschrieben hat. Weniger Fleischkonsum bedeutet auch mehr Getreide für die menschliche Ernährung. Dies würde viel rascher wirken und ist viel sinnvoller, als Biodiversitätsförderflächen umzupflügen und eine neue Anbauschlacht zu starten, wie es gewisse bürgerliche Kreise in letzter Zeit gefordert haben. Apropos «Anbauschlacht»: Im Plan Wahlen war übrigens eine der ersten Massnahmen die Reduktion der Tierbestände. Zum Schluss glaube ich, dass der Regierungsrat noch einige wichtigere Aufgaben hat, als sich um den Kantinenmenüplan zu kümmern. Die G/JG-Fraktion folgt dem Regierungsrat und lehnt das Postulat ab.

Rosy Schmid-Ambauen: Der Regierungsrat verteidigt in der Antwort die Wahl des Zürcher Frauenvereins (ZfV) als Betreiber der Mensa. Der ZfV ist zweifelsfrei ein sehr gutes, erfolgreiches und professionelles Unternehmen. Viele Gründe hätten zu dieser Wahl geführt, insbesondere auch der Anspruch auf Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit hat indes viele Gesichter, und nur weil Fleischesser ausgeschlossen werden sollen, heisst dies noch lange nicht, dass etwas nachhaltiger ist, und umgekehrt muss die Universität nicht weniger nachhaltig sein, wenn sie Fleisch anbietet. Wirklich nachhaltiges Verhalten unterstützen wir sehr. Die Regierung schreibt unter anderem, Erwachsene könnten selber entscheiden, welches Angebot sie wählen wollen. Nun ja, wenn aber dieses Angebot von vornherein gestrichen wird, können sie dies nicht. Zweitens fragt es sich schon, warum man nicht möglichst viele Studentinnen und Studenten mit dem durch Steuergelder mitfinanzierten Angebot ansprechen will, und zwar ausgewogen, gesund und an deren Portemonnaie angepasst; das Menü mit Salat kostet im Moment Fr. 8.50. Wenn es nicht mehr das Ziel ist, vergünstigte Mahlzeiten für Studierende anzubieten, so fragt es sich, ob es sinnvoll ist, weiterhin in eine Mensa zu investieren, welche nämlich einiges an Geld kostet. Rund um den Bahnhof gibt es tatsächlich sehr viele Gastroangebote und besonders auch ein gesundes und erfolgreiches veganes Restaurant. Die Regierung meint weiter, dass sie in keinem Falle in das operative Geschäft der betreffenden Organisation eingreifen will. Dies ist grundsätzlich richtig. Der Leistungsauftrag soll so ausgeführt werden können, dass dies nicht nötig ist. Wenn es nun aber Abweichungen gibt oder, wie hier, die Universität eine breite öffentliche Diskussionen hervorruft, ist es die Pflicht und Aufgabe der Regierung zu intervenieren; mehr dazu in meinem Postulat. Ein Trostpflaster haben wir in dieser Geschichte, denn die Universität hat es selber gemerkt und ein Einsehen gezeigt: Sie bietet wieder Fleisch an und lebt somit ihrem Leitsatz Nummer 6 «selbstkritisch und offen für Verbesserungen» nach. Da die Universität ihr Angebot nun wieder mit Fleisch erweitert hat, sehen einige Mitglieder der FDP-Fraktion dieses Postulat wegen Erfüllung als erledigt an, andere unterstützen die Erheblicherklärung, weil es auch in Zukunft sehr wichtig ist.

Gisela Widmer Reichlin: Die SP-Fraktion lehnt die Postulate P 664 und P 670 ab. Die Wurst ist uns hier in dieser Debatte eigentlich wurst, denn es gibt wirklich wichtigere Themen zu diskutieren. Dennoch will ich die Ablehnungen der Postulate kurz begründen. Der ZfV hat dank seinem Fokus auf Nachhaltigkeit, Regionalität und Saisonalität den Zuschlag bekommen. Das Nachhaltigkeitskonzept war Teil der qualitativen Zuschlagskriterien. Dies gilt es seitens der SP zu unterstützen. Eine Änderung der Eignerstrategie kommt für die SP nicht infrage, denn sie definiert ökologische Ziele, ebenso solche zur Nachhaltigkeit und bezüglich der Beiträge zur Klimaneutralität. Die SP vertritt die Meinung, dass an diesen klimarelevanten Zielen, zu welchen der Klima- und Energiebericht die Basis bildet,

festzuhalten ist, dass also der Regierungsrat an der Eignerstrategie festhalten soll. Die Studierenden haben übrigens weiterhin die freie Wahl, wo und wie sie sich ernähren wollen. Einen Ernährungszwang gibt es an den Schulen nicht. Unsere weiterführenden Schulen sollen ruhig nicht nur geistig, sondern auch kulinarisch für eine nachhaltige Horizonterweiterung sorgen.

Riccarda Schaller: Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass dieses Postulat zurückgezogen wird, weil aus meiner Sicht das Thema erledigt ist. Entsprechend kurz ist darum meine Begründung, warum die GLP-Fraktion dieses Postulat ablehnt: einerseits weil es schlicht nicht stufengerecht ist, wenn wir im Kantonsrat über die Menügestaltung der Universitätsmensa diskutieren. Solches befremdet mich wirklich etwas. Übrigens gibt es bei der Kita meiner Kinder Ernährungsregeln, zum Beispiel bezüglich des Mitbringens von Süßspeisen. Eventuell könnten Sie dazu auch einmal ein Postulat einreichen. Andererseits geht es bei der Frage nicht um ein Für oder ein Wider zum Fleischkonsum, sondern darum, dass die Universität eine progressive Idee hatte, einen Schritt vorausgehen wollte und wir ein solches Verhalten seitens des Kantonsrates eher unterstützen als hindern sollten.

Martin Birrer: Ich stelle fest, dass der Wunsch des Regierungspräsidenten Marcel Schwerzmann nicht in Erfüllung geht. Er sprach anlässlich der Luga-Eröffnung vom Stadt-Land-Graben und davon, dass es in der Stadt nicht nur vegetarische Velofahrer gebe und auf dem Land nicht nur fleischfressende Autofahrer. Wenn ich dieser Diskussion hier folge, so geht es aber genau in diese Richtung. Fleisch zu essen, ist nicht verboten, Fleisch essen ist gut und bedeutet Kultur, es ist auch nicht schädlich. Dass aber vom Kanton unterstützte Organisationen von sich aus definieren können, was gut und nicht gut ist, kann ich nicht nachvollziehen. Lassen wir doch den Konsumenten entscheiden, was gut oder nicht gut ist. Lassen wir es vor allem aber nicht zu, dass der Staat uns sagt, was auf unseren Teller kommt.

Priska Häfliger-Kunz: Ein ausgewogenes Ernährungsangebot in der Uni-/PH-Mensa ist gewährleistet, und die Bedürfnisse bestimmen das Angebot. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat mehrheitlich ab.

Pius Müller: Ich glaubte erst an einen Aprilscherz, es war aber die Wahrheit: Die Führung der Universität beschliesst, in ihren Kantinen nur noch vegetarische und vegane Gerichte ohne Fleisch anzubieten. Die Begründung dieser von den Zentralschweizer Kantonen und vom Bund getragenen Institution lautet, dass die Klimaerwärmung diese Massnahmen notwendig machen würden. Mehr Kopfzerbrechen als die Klimafrage machte mir allerdings, dass der tonangebende Rektor oder die Professoren und die Studierenden als künftige Wissenschaftler tatsächlich glauben, die Gletscher würden nicht mehr Schmelzen und die Temperaturen nicht mehr steigen, wenn sie auf den Fleischgenuss in ihrer Mensa verzichten. Zu denken gibt mir auch, wie das engstirnige, intolerante Denken sich nicht nur bei den Taliban in Afghanistan durchsetzt, sondern auch in einer Universität im ansonsten bodenständigen Zentrum der Schweiz, dem Kanton Luzern. Während wir Fleischesser den Vegetariern ihr Menü absolut gönnen mögen, ist dies umgekehrt offenbar nicht der Fall. Dabei hat eine Umfrage von Swissvegan im letzten Jahr ergeben, dass sich bei den Deutschschweizern und den Romands lediglich 5,1 Prozent als vegetarisch oder vegan bezeichnen. Diese kleine Minderheit gibt sich an der Universität Luzern nicht damit zufrieden, dass für sie jederzeit fleischlose Gerichte zur Verfügung stehen, nein, sie wollen obendrein den fast 95 Prozent Fleischkonsumenten das Menü diktieren. Verständlicherweise haben viele Bauern und Fleischverarbeiter mit Erfolg auf die Schlagzeilen der Universität mit Entsetzen reagiert. Es handelt sich hier um mehr als eine Spinnerei einiger Ernährungsbesserwisser, es geht hier um einen Angriff auf unsere Landwirtschaft und das verarbeitende Gewerbe, es geht um die Existenzgrundlage zahlreicher Familien, gerade in der Landwirtschaft des Kantons Luzern mit der ausgeprägten Schweinezucht sowie auch der Vieh- und Geflügelhaltung. Dass in einer staatlich finanzierten Universität praktisch ein Ernährungsverbot für gesundes Fleisch erlassen wurde, geht schon rechtlich nicht an. Unsere Verfassung und unser Landwirtschaftsgesetz verlangen eine auf den Markt ausgerichtete Produktion und keineswegs ein Fleischverbot an öffentlichen Institutionen.

Rolf Bossart: Ich bitte um etwas mehr Ruhe und erinnere bezüglich der Wortwahl an den Live-Stream.

Christine Kaufmann-Wolf: Es erstaunt mich, über was wir hier diskutieren: ob Studenten Fleisch essen dürfen, ob sie es müssen oder was überhaupt sie in der Mensa zu sich nehmen. Auf der Webseite der Mensa ist ersichtlich, dass Fleisch im Angebot ist. Dies wurde so angepasst. Sprechen Sie jedoch mit den Studenten, so erhalten Sie die Antwort, dass diese gar kein Fleisch zum Mittagessen wollen und glücklich mit dem Angebotenen sind und dass es genügend Alternativen gebe, wenn sie dann doch einmal Lust auf Fleisch haben. Es kann doch nicht sein, dass nach den eben gehörten Voten die Regierung der Universität quasi vorschreiben muss, dass sie noch mehr Fleisch anbieten müsse, um mehr Absatz zu generieren und dies gar niemand will, dass also Menüs angeboten werden müssten, die auf keine Nachfrage stossen. Dieses Denken ist nicht zukunftsorientiert. Zudem haben wir hier im Rat andere Aufgaben zu lösen. Lassen wir doch den Studenten die freie Wahl ihres Mittagessens.

Rolf Bossart: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass gewisse Vergleiche unangebracht sind.

Samuel Zbinden: Danke für diese Anmerkung, ich wollte eben auch darauf hinweisen, dass ein Vergleich zwischen Vegetariern und Taliban nicht unbedingt nötig sei. Ich schmunzle schon etwas über diese Debatte, und zwar als direktbetroffener Vegetarier, als «städtischer Velofahrer» und als Student an der Universität Luzern. Wie erwähnt sieht vor Ort die Realität ganz anders aus, als sie hier im Rat dargestellt wird. Es ist mir bewusst, dass man sich hier wünscht, dass die Studenten einen Aufstand für mehr Fleisch durchführen, welches ihnen der Staat vorenthält. Die Realität ist indes, dass die meisten Studentinnen und Studenten die neue Mensa voll geil und das dort angebotene ausgewogene Angebot mega cool finden. Jene, die Fleisch wollen, bekommen es oder haben die Alternative, an einen Kebab-Stand in der Umgebung zu gehen. Das Problem ist hier überhaupt nicht präsent. Ich stimme Martin Birrer darin zu, dass der Staat nicht vorschreiben soll, was auf den Teller kommt, dies tut der Staat nämlich auch gar nicht, indem die Regierung nicht mit Vorgaben in den Menüplan der Mensa eines ausgelagerten Betriebes eingreift. Das Postulat hat mittlerweile sowieso nicht mehr so viel Fleisch am Knochen. Daher können wir es getrost ablehnen.

Toni Graber: Das Postulat ist dazumal im Juni 2021 entstanden, weil die Universität das Fleisch aus der Mensa geworfen hat. Es geht nicht darum, dass in der Mensa mehr Fleisch gegessen wird, dies wäre ein Missverständnis, ich will schlicht erreichen, dass dort alles angeboten wird, sodass jener Drittel der Studierenden, die noch Fleisch wollen, dies auch bekommt. Es geht doch nicht darum, dass wir in einem diktatorischen Akt Fleisch einführen wollen. Es kann auch nicht sein, dass eine Universität entscheidet, was in der Mensa gegessen wird. So wird jetzt zwar kurzfristig Fleisch wieder eingeführt, dieses Angebot wird mittelfristig aber wieder rausgedrückt werden. Das Leitbild der Universitätsleitung spricht da eine klare Sprache, wogegen wir entschieden dagegenhalten wollen.

Gaudenz Zemp: Obwohl wir hier alle etwas am Schmunzeln sind – ein ganz ernstgemeinter Hinweis an die jüngeren im Rat, konkret an Samuel Zbinden: Wenn man von einem Geschäft direkt betroffen ist, so geht man eigentlich in den Ausstand.

Marlis Krummenacher-Feer: Ich war die Dritte im Bunde bei der Einreichung von Postulaten zu diesem Thema. Ich habe mein Postulat aber zurückgezogen, weil das Fleisch auf den Menüplan der Universitätsmensa zurückgekehrt ist und ich somit zufrieden bin. Als Bäuerin produziere ich Fleisch, Getreide und die ganze Nahrungspalette. Es ist nicht nötig, bei der Universität weiterhin einen Finger draufzuhalten.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Zunächst eine formelle Bemerkung zu Toni Grabers Votum. Die Regierung traktandiert keine Geschäfte im Kantonsrat, dies ist in der Kompetenz der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Die Regierung wird entsprechend auch nie etwas abtraktandieren. Die Regierung beantwortet hingegen fristgerecht die Vorstösse. Noch eine Vorbemerkung zur engagierten Diskussion hier, die ich mir ernsthaft lieber gestern beim

Planungsbericht gewünscht hätte. Dort erhielten wir den Vorwurf, wir seien nicht strategisch unterwegs und achteten nicht auf die Zukunft der tertiären Bildung. Nun haben wir aber fast eine halbe Stunde über den Menüplan der Universität gesprochen. Das Angebot der Cateringorganisation des ZFV hat den Zuschlag für den Betrieb der Mensa erhalten und sich in Absprache mit der Universität entschieden, dieses Angebot anzubieten. Dieser Caterer ist sehr professionell, und entsprechend dürfen Sie davon ausgehen, dass er aufgrund seiner Umsatzorientierung genau das anbietet, was auch nachgefragt wird. Es ist eine Tatsache, dass die Studierenden weniger Fleisch essen wollen. Nun ist die Universität zusammen mit dem Caterer im Verlauf der bekannten Geschichte auf den Entscheid zurückgekommen. Sich zu wehren, ist legitim, dennoch ersuchen wir Sie, das Postulat abzulehnen. Die Regierung wird bei der Universitätsmensa keine Menüpläne revidieren oder redigieren. Es gibt den Universitätsrat mit im Gesetz festgelegten Kompetenzen. Die Überprüfung der Menüpläne gehört nicht dazu. Natürlich wurde in diesem Gremium das Thema angesprochen, aber es kann nicht sein, dass wir uns als Regierung bei ausgelagerten Einheiten in operative Details einmischen. Genau deswegen und nicht weil wir den damaligen Entscheid als geschickt ansehen, bitten wir Sie, dieses Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 72 zu 27 Stimmen ab.